

rauben. Bedenken wir auch, daß wir zu Preiserhöhungen für alle Produkte kommen, anstatt nunmehr an einen regelrechten Abbau zu denken. Es ist ausgeschlossen, daß der Unternehmer produziert ohne Gewinn, besonders der nicht, der große Kapitalien angehäuft hat. Uns aber ist damit gebietet, daß die Produktion angeregt wird, was wieder nicht geschehen kann, wenn die Preisliste für alle Produkte so hoch ist, daß der Konsum eingeschränkt wird. In diesem Birkel der Interessen als Konsument und Produzent bewegt sich der Arbeiter.

So kann die Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens nicht weitergeführt werden. Es ist anzunehmen, daß mit der Zeit eine Klärung und Beruhigung eintritt, aber es ist hohe Zeit, daß wir zur Einkehr kommen. Der Sozialismus hat in seinen Zukunftsplänen nie darüber einen Zweifel gelassen, daß eine unmittelbare plötzliche Umverteilung aus der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische unmöglich ist. Noch weniger ist das zu erreichen in einer Periode der wirtschaftlichen Berrüttung nach einem Kriege. Eine gerechte Abmessung dessen, was die Gesellschaft an Gebrauchsgütern erzeugen kann, die Debung der Intensität der Arbeit, das kann erst nach einer Periode längerer Entwicklung zur Geltung kommen. Dann werden wir zum gerechten, das heißt dem vollen Anteil der Arbeit am Produktionsprozeß gelangen. Pokten wir aber in der Uebergangszeit Maß und Ziel und berücksichtigen wir, daß zum Sozialismus, wenn er verwirklicht werden soll, auch ein Stück Idealismus von hohem Werte notwendig ist, den zu betätigen die Aufgabe aller derjenigen ist, die am Wohlergehen des neuen Volkshaates interessiert sind und keine gesunde Entwicklung herbeiwünschen.

Robert Schmidt.

Das Arbeitereinkommen in der Volkswirtschaft.

Man mag über die Möglichkeiten der Sozialisierung unserer Volkswirtschaft denken wie man will, auch über das Tempo dieser Arbeit zur Umwandlung unserer Wirtschaft mögen verschiedene Meinungen möglich sein, über den einen Punkt sollte Einmütigkeit herrschen: die Sozialisierung muß etwas Besseres an die Stelle des Alten setzen, sonst ist sie im günstigsten Fall unnötig, oder aber sie bereitet den Zusammenbruch des Ganzen oder von Teilen unserer Wirtschaft vor. In der Gesamtwirtschaft hat auch nach noch so gründlich vorgenommener Sozialisierung das Arbeitereinkommen im tragbaren Verhältnis zu den Gesamtproduktionskosten zu stehen, wenn das Ertrachen der unbeflümmelten Fortschreiten aus schlimmsten Bahnen nicht scheinlich sein soll. Die wichtigsten Lohnforderungen sind heute an der Tagesordnung, und kein Mensch denkt daran, was morgen werden soll und wie sich das Los der großen Volksgemeinschaft gestalten soll. Bei einem Teile der Arbeiterschaft — und er ist nicht der, dessen musterhafte Selbstdisziplin, dessen Opfermut im organisierten Lohnkampf wir früher so oft bewundert haben — ist eine blinde Jagd nach Geld ausgebrochen, die alles zerstören muß, was für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens notwendig ist. Das sind Worte, die das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts“, in höchster Not an die deutschen Arbeiter richtet.

Bedenkt man denn nicht, daß wir durch den Krieg vollkommen ausgepumpt sind und daß Deutschland unter der Last drückender Armut seufzt? Heute muß man den Mut haben, den Massen reinen Wein einzuschenken über das, was das deutsche Wirtschaftsleben icht leisten kann, ihnen Solidarität zu predigen, eine Solidarität, die sie auch befähigen soll, unsere große Armut gemeinsam zu tragen, gemeinsam an der Schaffung neuer Werte mitzuwirken und das Volk auf die Höhe des früheren Wohlstandes zurückzuführen. Es ist verbrochentlich, die Arbeiter anzureizen, mehr zu verlangen, als die Armut unserer gesamten Wirtschaft allen gleichmäßig zu geben vermag. Was einzelne Gruppen der Arbeiter heute an übertriebenen Forderungen erheben, muß bei der unermüdlich kommenden schweren Krise die läbrige Waffe der Arbeiter an ihrem Lebensnerv verletzen.

Diese Propaganda muß bekämpft werden, und es muß nötig den Arbeitern die volle Wahrheit über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reiches vorgetragen werden.

Sozialisieren heißt Sinn an die Stelle des oft planlosen Unsinns der kapitalistischen Produktionsweise setzen. Sozialisieren ist kein Klauen um den größten Anteil an der Deute. Sozialisierung ist auch keine Lohnbewe-

An die Arbeitslosen!

Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wendet sich mit folgendem Aufruf an das werttätige Volk Deutschlands:

Was kann uns retten?

Uns allen droht der Untergang. Unerhörte feindliche Waffenstillstandsbedingungen und überhäufte Demobilisierung haben das Rückwerk unserer Wirtschaftsmaschine aufs schwerste geschädigt. Arbeitsgeist und Ordnungssinn sind gelähmt; viele verharren in Untätigkeit. Der Ueberfüllung der Großstädte steht Arbeitermangel in den Industriebezirken und in der Landwirtschaft gegenüber.

Arbeitermangel herrscht im Bergbau. Die Kohle ist die Kraftquelle der Volkswirtschaft. Die Kohlennot ist aufs höchste gestiegen. Die Fabriken müssen feiern. Wir müssen frieren und warme Nahrung und Wohnung entbehren.

Arbeitslose, heißt Kohle fördern! Arbeitermangel herrscht in der Eisen- und Stahlindustrie. Eisen ist das Rückgrat des Erwerbslebens. Ohne eisernen Pflug und Spaten keine Ackerbestellung, keine Ernte, daher keine Nahrung. Ohne eiserne Maschinen keine Textilindustrie, daher keine Kleidung. Ohne eiserne Werkzeuge und Geräte keine Bautätigkeit, daher keine Wohnung. Ohne Eisen keine Lokomotiven, keine Eisenbahnmotoren, keine Schiffe, daher kein Verkehr.

Arbeitslose, heißt Eisen schaffen! Arbeitermangel herrscht vielerorts im Transportgewerbe. Das Transportgewerbe ist das Triebrad des Volkslebens. Unsere Verkehrsmittel sind abgenutzt. 5000 Lokomotiven und 150 000 Güterwagen hat uns die Entente weggenommen. Mit dem verbliebenen Rest müssen wir gut wirtschaften. Ohne schnelle Entladung kein geregelter Güterumlauf.

Arbeitslose, heißt den Güterverkehr beschleunigen! Arbeitermangel herrscht in der Land- und Forstwirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nährmutter. Kartoffeln stecken noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Milchvieh fehlt die Pflege. Getreide bleibt ungedroschen, und das in einer Zeit größter Nahrungsmittelnappheit! Bäume werden nicht gefällt, es fehlt an Bau-, Brenn- und Grubenholz.

Arbeitslose, geht in die Land- und Forstwirtschaft! Ausgleich der Arbeitskräfte ist das Gebot der Stunde. Arbeitslose, bleibt nicht in den Großstädten! Arbeitslosigkeit wird noch lange fehlen, weil Roh- und Hilfsstoffe nicht herankommen und Aufträge ausbleiben! In die überfüllten Fabriken der Großstädte strömen jetzt die Feldgrauen hinein, die ein Recht auf ihren alten Platz haben.

Arbeiter, ihr habt euer Schicksal in der eigenen Hand! Wer arbeitet, muß sich selbst und seinen Volksgenossen. Wer nicht arbeitet, veründigt sich an der Allgemeinheit und schadet sich selbst. Noch nie in seiner Geschichte war das deutsche Volk auf Gebete und Verderben so auf gemeinsame Arbeit angewiesen, wie in den nächsten Wochen und Monaten.

Volksgenossen, erkennt und übt wahre Solidarität! Stärkt den Arbeitswillen und das Verantwortungsbewußtsein, sonst macht ihr euch mitschuldig am Untergang unseres Volkes.

Arbeitslose, meldet euch bei den Arbeitsnachweisen und holt euch Rat bei den Demobilisierungsausschüssen in den Stadt- und Landkreisen!

Bei Arbeitswechsel ist freie Eisenbahnfahrt aus öffentlichen Mitteln gewährleistet.

gung jener Elemente, die von gewerkschaftlicher Organisation, der einzig möglichen Voraussetzung zweckbewusster Lohnbewegungen, nichts wissen wollen. Seit nicht jähreilt der „Vorwärts“ von einer heillosen „Verhängnisung und Beunruhigung von Industrie und Gewerbe durch die überlebende Propaganda eines unfinnigen und phantastischen Bolschewismus, die namentlich die Elemente aufgewühlt hat, die erst durch die Erregung der Revolutionstage aus tiefstem stumpfen Verborgenheit an die Oberfläche gestiegen sind“.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, alle Männer und Frauen, die in Selbstlosigkeit und Treue den Bau ihrer kolgen Organisation schufen, mögen die Augen aufhalten! Dem Schaffenden, dem, der da hilft, unser unglückliches Land aus seiner Not zu befreien, gebührt für seine Arbeit höchster Lohn. Die Schaffenden mögen aber auch dem Unfug steuern, der durch sein hohes Forderungen aller nützlichen Arbeit den Boden entzieht und damit die Rettung aus schwerer Not unmöglich macht.

Internationales.

Ungarn. Ueber die Regelung der Wiedereinstellung der durch die Demobilisierung jetzt freigezogenen Arbeitskräfte in unserem Beruf in Ungarn gibt folgende Zuschrift Aufschluß:

Die einzelnen Firmen sind verpflichtet, ihre aus dem Heeresverbande nach dem 1. November entlassenen Arbeiter vom zweiten Montag ihrer Meldung ab in ihren alten Wirkungskreis wieder einzustellen, wenn diese am 25. Juli 1914 bei der betreffenden Firma in dauernder Kondition standen. Auf diejenigen, die vor dem 1. November aus dem Heeresverbande entlassen wurden und inzwischen anderweitig Kondition fanden, bezieht sich vorstehende Verpflichtung nicht; hingegen besteht auch für den alten Arbeitgeber die Bedingung nicht, einen solchen Arbeiter zurückzunehmen. Dem aus dem Heeresverbande zurückkehrenden Arbeiter gebührt der Wochenlohn, den er bezog, als er einrückte und alle jene inzwischen erzielten Zulagen, die von den vertragschließenden Teilen vereinbart wurden, ferner die Teuerungszulage und der gegenwärtig 57 Proz. betragende separate Zuschuß.

Jene Firmen, die in der mit 25. Juli 1914 beendeten Woche höchstens 10 Personen (männliche und weibliche Arbeiter) beschäftigt hatten, sind berechtigt, gegen Aufnahme eines ihrer jetzt vom Militärdienst zurückkehrenden früheren Arbeiter keinen Arbeiter aus ihrem gegenwärtigen männlichen Arbeiterstand in der Reihenfolge der zuletzt einzutretenden nach ordnungsgemäßer Kündigung zu entlassen. Eine Ausnahme bilden die Vertrauensmänner, die nur im äußersten Falle an die Reihe kommen können.

Jene Firmen, die in der mit 25. Juli 1914 beendeten Woche mindestens 11 Personen (männliche und weibliche Arbeiter) beschäftigt hatten, können erst Kündigungen vornehmen, wenn die Anzahl der beschäftigten Arbeiter durch die Einstellung von aus dem Heeresverbande entlassenen Personen den Stand an männlichen Arbeitskräften, wie er in der mit 25. Juli 1914 beendeten Woche war, erreicht hat.

Aus unserem Beruf.

Bereinbarung mit dem Verband der Stahlfabrikanten. Bereits am 30. November v. J. fanden Verhandlungen zwischen Vertretern des Verbandes der Stahlfabrikanten und unseres Verbandes statt, deren Ergebnis wir leider erst jetzt veröffentlichen können, weil die getroffenen Vereinbarungen infolge eines Mißverständnisses prinzipialseitig erst recht verspätet unterzeichnet vollzogen wurden. Die Vereinbarungen wurden geführt auf Grund der Vereinbarung zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Zentralstellen der Gewerkschaften vom 15. November, die in Nr. 48 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht wurden, und der in Nr. 50 veröffentlichten Beschlüsse der gemeinschaftlichen Vorstandsetzung mit dem Verband Deutscher Buchbindermeister.

Als feststehend wurde vereinbart, daß der Verband der Stahlfabrikanten die Vereinbarung mit den großen Arbeitgeberverbänden vom 15. November auch seinerseits anerkennt, was in sich schließt die Anerkennung unseres Verbandes als Vertretung der Arbeiterschaft und die Bewilligung der achtstündigen Arbeitszeit. Spätestens vom 1. Januar ab darf die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten, während an Sonnabenden in normaler Zeit übliche längere Arbeitszeit nicht verlängert werden darf. Wochenlöhne dürfen nicht gekürzt werden, während die Stundenlöhne und die bisher üblichen Abendlöh-

windestens ein solches zu erhöhen sind, daß ein Lohnausfall durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht entsteht. Auch die Minimalstundentlöhne in bestehenden Tarifen und die üblichen Einstellungslöhne, dort wo Tarife nicht bestehen, sind entsprechend zu erhöhen.

In Aussicht genommen wurde der möglichst baldige Abschluß eines Tarifvertrages für die gesamte Buchdruckindustrie und die Anwendung folgender einseitig vereinbarten Grundzüge:

Ueberstunden sind zu vermeiden. Ausnahmen sind nur in der Zeit vor Weihnachten nach Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuß des Betriebes zulässig, sofern genügend Arbeitskräfte nicht erhältlich sind. Heimarbeit ist möglichst einzuschränken. Die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer sind von ihrem früheren Arbeitgeber wieder einzustellen. Entlassungen sind möglichst zu vermeiden. Bei Arbeitsmangel haben sich die Organisationen über weitere Kürzung der Arbeitszeit zu verständigen. Die Entlohnung der in ihrer Arbeitskraft wesentlich beschränkten Kriegsbeschädigten unterliegt bei Stunden- oder Wochenlohn der Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Kriegsbeschädigten. Etwasige Differenzen sind von den Arbeiterausschüssen und nötigenfalls von den Organisationsleitungen zu schlichten. Bei Akkordarbeit dürfen den Kriegsbeschädigten nicht niedrigere Akkordpreise als sonst üblich gezahlt werden. Paritätische Arbeitsnachweise sind in allen Städten einzurichten. Einstellungen dürfen nur durch Vermittlung dieser Arbeitsnachweise erfolgen. Höheres bleibt örtlicher Verhandlung vorbehalten.

Die Gew- und Ortsverwaltungen haben nun unverzüglich die nötigen Schritte zu unternehmen, damit die vorgenannten Vereinbarungen in der Praxis durchgeführt werden. Insbesondere muß die achtstündige Arbeitszeit und was damit zusammenhängt unverzüglich eingeführt werden, sofern das bisher etwa noch nicht geschehen ist. Weiter sind die Vorbereitungen für den in Aussicht genommenen zentralen Tarifabschluß durch Feststellung der gegenwärtigen Verhältnisse und Aufstellung entsprechender Anträge unverzüglich zu treffen. Weitere Mitteilungen werden den beteiligten Ortsverwaltungen durch den Verbandsvorstand zugehen.

Der Verband der Luxuspapierfabrikanten (Sitz Dresden) tritt unseren Forderungen bei. Auf das Anschreiben unseres Verbandsvorstandes an die Arbeitgeberverbände unseres Berufs vom 15. November 1918, abgedruckt in Nr. 48 der „Buchbinder-Zeitung“, hat der Verband der Luxuspapierfabrikanten durch seinen Vorsitzenden, Herrn Arnold, uns eine Antwort in zustimmendem Sinne zukommen lassen. Herr Arnold schreibt:

„Zurückkommend auf Ihre werthe Zuschrift vom 15. November teile ich Ihnen mit, daß wir uns im Sinne Ihrer werthen Zuschrift mit unseren Mitgliedern dahin verständigt haben, dem getroffenen Abkommen beizutreten.“

An unsere Mitglieder in den Luxuspapierfabriken liegt es nun, auf die reifliche Durchführung zu achten.

Ueber die Gründung von Arbeitgeberverbänden des Druckgewerbes, Verlags und der Papierverarbeitung berichtet die Zeitschrift des Verbandes der Buchpresse Deutschlands, daß schon seit langer Zeit Bestrebungen im Gange sind, alle an der Papierverarbeitung und den Verläge beteiligten Firmen zu Arbeitgeberverbänden zusammenzuschließen, um unter den gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen mit den Arbeitnehmer- und Angestelltenorganisationen Fragen des Arbeiterrechts, insbesondere Lohnfragen, gemeinsam zu regeln. In einer der letzten Sitzungen des „Bundes Deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlags und der Papierverarbeitung“ wurde auf die Notwendigkeit der Gründung von Arbeitgeberverbänden hingewiesen und beschlossen, daß die erforderlichen Vorbereitungen in die Wege geleitet werden. Die zu bildenden Arbeitgeberverbände sollen dann mit dem Deutschen Buchdruckerverein, dem Schutzverband deutscher Schreibdruckermeister, dem Bund der chemographischen Anstalten, dem Verbande der photographischen Kunststudieninstitute und den sonstigen innerhalb der Papierverarbeitung schon bestehenden Arbeitgeberverbänden ein Kartellverhältnis schließen und sich der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände anschließen. Inzwischen ist ein Arbeitgeberverband für die Papierverarbeitung gegründet worden, welcher den Verband Deutscher Buchbindereien beitreten sowie die bisher in Arbeiterfragen nicht organisierten Gruppen der Papierverarbeitung umfassen soll.

Weiter wurde die Gründung eines Arbeitgeberverbandes der deutschen Buchhändler beschlossen. Da es sich hierbei um etwa 12000 Firmen des Buchhändlergewerbes handelt, wird der Arbeitgeberverband eine erhebliche Macht darstellen.

Als Begründung für all diese Neuschöpfungen sagt die oben bezeichnete Zeitschrift:

Diese Gründungen können als ein Markstein in der Geschichte des graphischen Gewerbes und des Buchhandels angesehen werden. Die eingetretene Ereignisse zwingen gebieterisch zu einem festen Zusammenschluß. Jeder noch Außenstehende muß dem Arbeitgeberverband beitreten, sonst gehen die Ereignisse über ihn hinweg. Bei verschiedenen Arbeitgebern machen die Forderungen der Angestellten bereits Millionenbeträge aus. Angesichts solcher Vertriebskosten mußte die Gründung von Arbeitgeberverbänden erfolgen.

Der Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlags und der Papierverarbeitung erläßt nachstehenden Aufruf an alle Papierverarbeiter und -verbraucher:

Selbstverständliche Pflicht gegen unsere heimkehrenden Soldaten ist es, daß jeder Betrieb seine Angestellten und Arbeiter wieder einstellt; das ist das Geringste, das wir denen, die uns solange draußen verteidigt haben, schuldig sind. Selbstverständliche Pflicht ist es auch, in den kommenden schweren Tagen niemandem brotlos zu machen, also auch die Entlastung der Ersparungskassen möglichst zu vermeiden und hinauszuschieben. Das legt allen Druckereien und Papierverarbeitungsfabriken ungeheure Opfer auf, die nur getragen werden können, wenn alle daran teilnehmen. Sollen die Fabriken weiterarbeiten, so bedürfen sie der Aufträge; sie müssen ferner ihre vorräthigen Rohstoffe, auch wenn sie „Kriegsmare“ sind, verarbeiten, denn die zurückkehrenden Soldaten müssen sofort Arbeit finden.

Die Papierleinhändler und Papierverbraucher müssen ihren Teil gleichfalls dazu beitragen, indem sie erteilte Aufträge aufrechterhalten und neue Aufträge nicht zurückhalten. Die Fabriken werden schon ohnehin sehr hart auf eigene Gefahr auf Lager arbeiten müssen, um diese vermehrte Arbeiterzahl überhaupt zu beschäftigen. Hält der Verbrauch und der Kleinhandel aber jetzt in diesen kritischen Tagen mit Aufträgen zurück oder versucht er gar, erteilte Aufträge zurückzugeben, so ist das Aufnehmen unserer zurückkehrenden Arbeiter unmöglich und die Folgen sind nicht abzusehen.

Wir richten deshalb an die Mitglieder aller unserer Verbände die dringende Bitte: Nehmt eure heimkehrenden Arbeiter und Angestellten ihrer Tapferkeit würdig auf und gebt ihnen sofort Arbeit!

Und an unsere Abnehmer: Unterstützt uns hierbei mit aller Kraft, der Auftragsingang darf keine Störung erleiden!

Der Verband selbständiger Buchbinder Württembergs hielt am 2. Dezember eine Sitzung seines Gesamtausschusses ab, in der u. a. auch zum Achtstundentag Stellung genommen wurde. Nach einem Bericht im „Allgemeinen Anzeiger für Buchbindereien“ wurde dabei festgestellt, daß das Handwerk durch das Gesetz an den Achtstundentag gebunden ist. Im Hinblick hierauf wurde eine Verlängerung der Lehrzeit ins Auge gefaßt, wie auch eine Eingabe an die Handwerkskammer Stuttgart beschlossen, in der zum Ausdruck kommen soll, daß die Einführung des Achtstundentags eine Verlegung der Fortbildungsschule auf die Abendstunden dringender notwendig mache, da andernfalls eine Verlängerung der Lehrzeit unumgänglich sei. In gleicher Weise, wie sich die Handwerksbetriebe nach dem von der jetzigen Regierung vorgeschriebenen Achtstundentag zu richten haben, ist dies auch hinsichtlich der Lohnfrage der Fall. Der regierungsmäßigen Vorschrift gemäß muß den Arbeitnehmern derselbe Lohn bezahlt werden, den sie bisher bei längerer Arbeitszeit hatten. Im Anschluß hieran erfolgte die Neuregelung des Stundenlohns für Meister, Gehilfen und Lehrlinge für besondere Arbeiten, die in der Werkstatt auszuführen sind; es wurden festgesetzt 2.— Ml. für den Meister, 1,50 Ml. für Gehilfen und 1.— Ml. für Lehrlinge. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt erhöht sich dieser Stundenlohn auf 2,70 Ml. bzw. 2.— Ml. bzw. 1,35 Ml., wobei etwaige Fahrtkosten und sonstige Auslagen besonders zu berechnen sind. Die festgesetzten Stundenlöhne gelten als Mindestpreise.

Da es im Interesse der ordnungsgemäßen Weiterbeschäftigung der Buchbindereibetriebe notwendig erscheint, daß das nach bestehende Verbot, monoch die Behörden nur das Allernotwendigste binden lassen sollen, aufgehoben wird, soll eine entsprechende Eingabe an die Regierung durch Vermittlung der Handwerkskammer in aller Eile erfolgen. Nach gleicher Richtung geht

ein weiterer Beschluß, der eine weitere Eingabe an die Regierung dahingehend vorsieht, daß die Buchdrucker- und Buchbindereibetriebe getrennt vorgehen werden, damit nicht wie bisher die Buchbindereibetriebe meist das Nachsehen haben. — Nach Beratung einiger interner Angelegenheiten wurden noch hinsichtlich der Neueinstellung von Lehrlingen folgende Wochenvergütungen festgesetzt: Im ersten Jahr 4.— Ml., im zweiten Jahr 6.— Ml., im dritten Jahr 8.— Ml., im vierten Jahr 10.— Ml.; dabei wurde hauptsächlich an die vom Felde heimkehrenden Meister gedacht, denen diese Feststellung als Fingerzeig dienen soll.

Berichte.

Lahr. Eine sehr gut besuchte öffentliche Branchenversammlung am 17. Dezember beschäftigte sich mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Dürer erinnerte an die großen Kämpfe, welche die Arbeiterschaft schon um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt habe. Den Achtstundentag zu erringen, sei eine alte Forderung der Arbeiterschaft. Die Gegner des Achtstundentags sind meistens Leute, die in ihrem Leben noch nie täglich 8 Stunden gearbeitet hätten. Ärzte und Sozialpolitiker seien mit uns einig über die Notwendigkeit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Wolle sich das deutsche Volk von den Entbehrungen und Strapazen des Krieges erholen, so müsse die Arbeitszeit so festgelegt werden, daß auch noch Zeit zur Erholung für Körper und Geist übrig bleibe. Ferner wurde durch die Mitglieder der Bunsch geäußert, daß auch hier die Teuerungszulagen erhöht werden. Stehen dieselben hier doch noch auf dem Stande vom Jahre 1916 und tragen den verteuerten Preisen für die Lebenshaltung in keiner Weise mehr Rechnung. Anerkannt wurde das Entgegenkommen der Firma Schauenburg ihrem Buchbindereipersonal gegenüber, die mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit die Teuerungszulagen verdoppelte. Es ist zu erwarten, daß die noch schwebenden Fragen, wie die Akkordlohnung u. a., auch noch zu einer beide Teile befriedigenden Lösung kommen werden. Zahlreiche Anmeldungen zum Verbands waren die Folge der Agitation in der letzten Zeit. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 17. Dezember tagende öffentliche Branchenversammlung der Buchbinder, Freizeiger, gelber, Etuis- und Kartonnagenarbeiter, Arbeiterinnen und Deimarbeiterinnen hält die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für ein Gebot der Stunde. Die Versammlung begrüßt es, daß bereits Abmachungen auf zentraler Grundlage für das Reich getroffen sind. Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit darf jedoch eine Verminderung des Einkommens der Arbeiterschaft nicht zur Folge haben. Die jetzt bestehenden Stunden- und Wochenlöhne sind zu erhöhen, daß der bisherige volle Wochenverdienst bei täglich achtstündiger Arbeitszeit garantiert bleibt. Ein zehnprozentiger Aufschlag ist als Ausgleich auf alle Akkordarbeiten im Hause und auf Heimarbeit zu gewähren. Um eine größere Arbeitslosigkeit zu verhüten, dürfen Ueberstunden bis auf weiteres nicht verlangt werden.“

Die bisher gewährten Teuerungszulagen reichen nicht hin, die Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel auszugleichen. Die Versammlung beantragt deshalb, daß die durch Tarifvertrag in den Städten Konstanz, Karlsruhe, Freiburg u. a. zugesicherten Teuerungszulagen auch hier zur Einführung kommen. Die Versammelten wünschen ferner, daß alle die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffenden Fragen durch Tarifvertrag festgelegt werden. Da eine gesunde Tarifpolitik nur möglich ist, wenn die gesamte Arbeiterschaft organisiert ist, fordern die Versammelten alle noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen auf, sich dem Deutschen Buchbinder-Verband anzuschließen. Im Deutschen Buchbinder-Verband erblicken die Versammelten ihre einzige Interessensvertretung. Die Versammlung beauftragt die Ortsverwaltung, bei den Arbeitgebern geeignete Schritte zur Verwirklichung ihrer Wünsche einzuleiten, und gibt ihr Vollmacht unter Berücksichtigung des oben Gesagten Verträge mit den Arbeitgebern abzuschließen.“

Rundschau.

SK. An die Arbeitnehmerschaft Deutschlands richten die Gewerkschaften einen Aufruf, der von 17 Druckorten aus an sämtliche Gewerkschaftskartelle zur weitesten Verbreitung versandt werden soll. Der Aufruf geht davon aus, daß unser Wirtschaftsleben erschüttert ist und daß der Friedenstag uns keine Erlösung von den Qualen, Leiden und Entbehrungen des Krieges bringt. Not, Hunger und Sorge bedrohen schlimmer als je zuvor die Arbeiterklasse. Wichtigste Aufgabe des Tages ist die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens. Soll sie möglich bleiben,

